



Kriminalitätslage Hamburg 2012

Pressemitteilung 27.02.2013



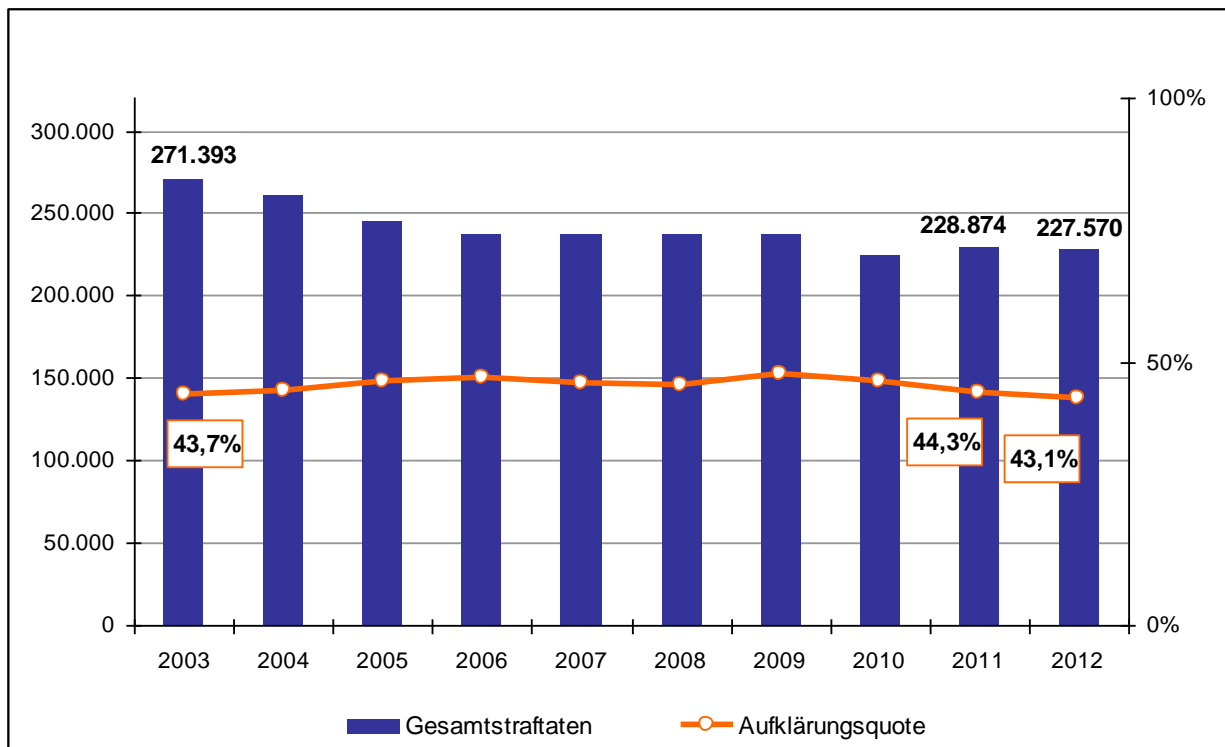
Allgemeines

Die Polizeiliche Kriminalstatistik wird nach den bundeseinheitlichen „Richtlinien für die Führung der Polizeilichen Kriminalstatistik“ erstellt. Sie ist eine Zusammenstellung aller der Polizei bekannt gewordenen strafrechtlichen Sachverhalte unter Beschränkung auf ihre erfassbaren wesentlichen Inhalte und soll damit im Interesse einer wirksamen Kriminalitätsbekämpfung zu einem überschaubaren und möglichst verzerrungsfreien Bild der angezeigten Kriminalität führen.

Aufgabe und Bedeutung

Die Polizeiliche Kriminalstatistik dient der Beobachtung der Kriminalität und einzelner Deliktsarten, des Umfangs und der Zusammensetzung des Tatverdächtigenkreises sowie der Veränderung von Kriminalitätsquotienten, Erlangung von Erkenntnissen für vorbeugende und verfolgende Verbrechensbekämpfung, organisatorische Planungen und Entscheidungen sowie kriminologisch-soziologische Forschungen und kriminalpolitische Maßnahmen. Die Aussagekraft der PKS ist auf Jahresauswertungen (Langzeitstatistiken) angelegt.

Entwicklung der Gesamtkriminalität



Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) bilanziert für das Jahr 2012 einen Rückgang der Straftaten um

1.304 (-0,6%) auf 227.570 Fälle.

Nach dem singulären Anstieg der Kriminalitätszahlen im vergangenen Jahr fielen die Fallzahlen im Jahr 2012 um 0,6 Prozentpunkte. Sie liegen 6,0% unter der durchschnittlichen Fallzahl (241.998) der Jahre 2003 bis 2011.

Neben der tatsächlichen Kriminalitätsentwicklung sind für die im Langzeitvergleich feststellbaren Fallzahlschwankungen auch statistische Erfassungsbesonderheiten, Änderungen von Bearbeitungsverfahren der Polizei, die Kontrollintensität der Polizei und/oder privater Sicherheitsunternehmen sowie z.B. Strafrechtsänderungen mit ursächlich.

Die Entwicklung der Fallzahlen und der aufgeklärten Fälle im Zehnjahresvergleich ist der oben stehenden Abbildung zu entnehmen.

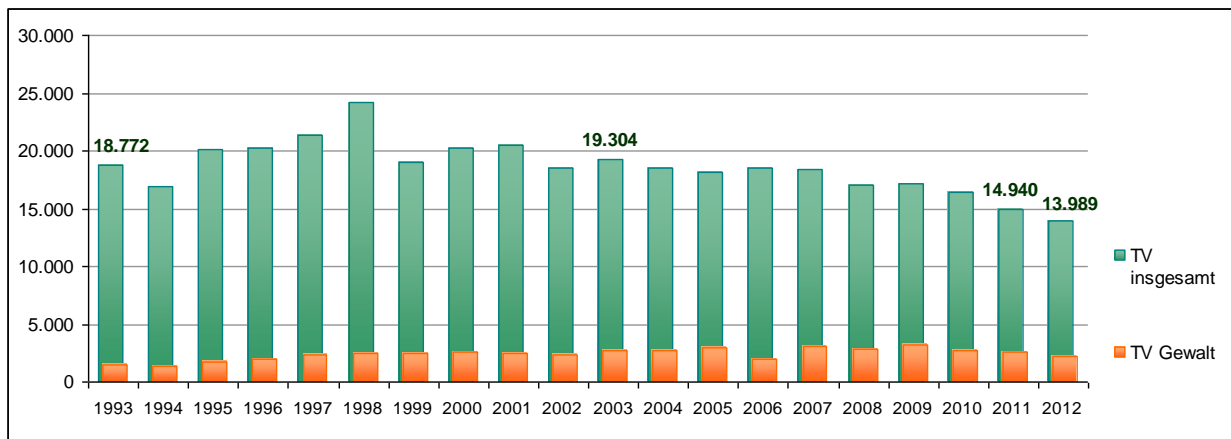
Tatverdächtige:

Im Jahr 2012 wurden von der Polizei insgesamt 67.554 Tatverdächtige (TV) registriert. Das sind 514 (-0,8%) weniger als im Vorjahr (68.068).

Wie bereits in den letzten Jahren zeigen sich jugendliche und heranwachsende Tatverdächtige im Vergleich zu ihrem Anteil an der Wohnbevölkerung überrepräsentiert. Während die Bevölkerungsanteile aller Altersgruppen weitgehend konstant blieben, weist der Tatverdächtigenanteil bei Jugendlichen (-0,6%) und Heranwachsenden (-0,2%) weiterhin leichte Rückgänge auf. Bei erwachsenen Tatverdächtigen gab es dagegen eine Zunahme um 1,2%.

Die Tatverdächtigenbelastungszahl (TVBZ) wird trotz dieser Einschränkungen für Hamburg mit 4.033 beziffert und liegt damit wieder niedriger als im Vorjahr (4.089).

Entwicklung Tatverdächtige unter 21 Jahren:

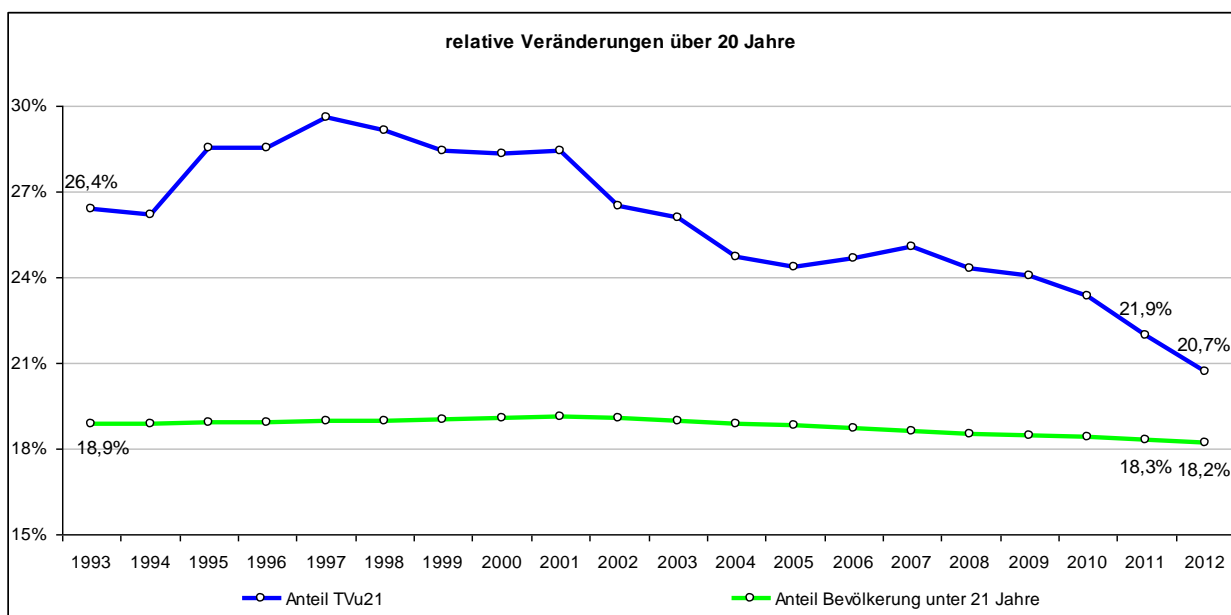


Nach schwankenden Zahlen mit allerdings eher steigender Tendenz in den 1990er Jahren ist die polizeilich registrierte Jugendkriminalität in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen, was auch für den Bereich der Gewaltkriminalität gilt. Dieser generelle Trend des Rückgangs der Jugendkriminalität setzt sich aktuell fort. Die Anzahl der Tatverdächtigen unter 21 Jahre (TVu21) ist 2012 im Vergleich zum Vorjahr um 951 bzw. -6,4% auf 13.989 TVu21 gesunken. Der Rückgang betrifft beide Geschlechter in etwa gleichermaßen. Der Anteil weiblicher Tatverdächtiger an allen TVu21 beträgt 27,9%.

Im Jahr 2012 wurden 2.238 TVu21 mit Gewaltkriminalität in der polizeilichen Kriminalstatistik registriert. Das ist im Vergleich zum Vorjahr ein erheblicher Rückgang von -13,5%. Der Anteil der TVu21 an allen Tatverdächtigen der Gewaltkriminalität beträgt 32,1% und geht im fünften Jahr in Folge zurück. Der Anteil der weiblichen TVu21 beträgt 14,6%. Jugendgewalt ist eher männlich geprägt, was durch bundesweite Dunkelfelduntersuchungen bestätigt wird. Mädchen zeigen weit weniger aggressive Verhaltensweisen als ihre männlichen Altersgenossen. Dies gilt insbesondere für physische Gewalt, was auf biologische, persönlichkeitspsychologische sowie erzieherische Einflüsse zurückgeführt wird.

Der Anteil der TVu21 an allen Tatverdächtigen beträgt aktuell 20,7%. Der Anteil der unter 21-Jährigen an der Hamburger Bevölkerung liegt bei 18,2%. Demnach treten die unter 21-Jährigen überproportional häufig als Tatverdächtige in Erscheinung, allerdings mit stark abnehmender Tendenz.

Relative Veränderungen bei der Jugendkriminalität:

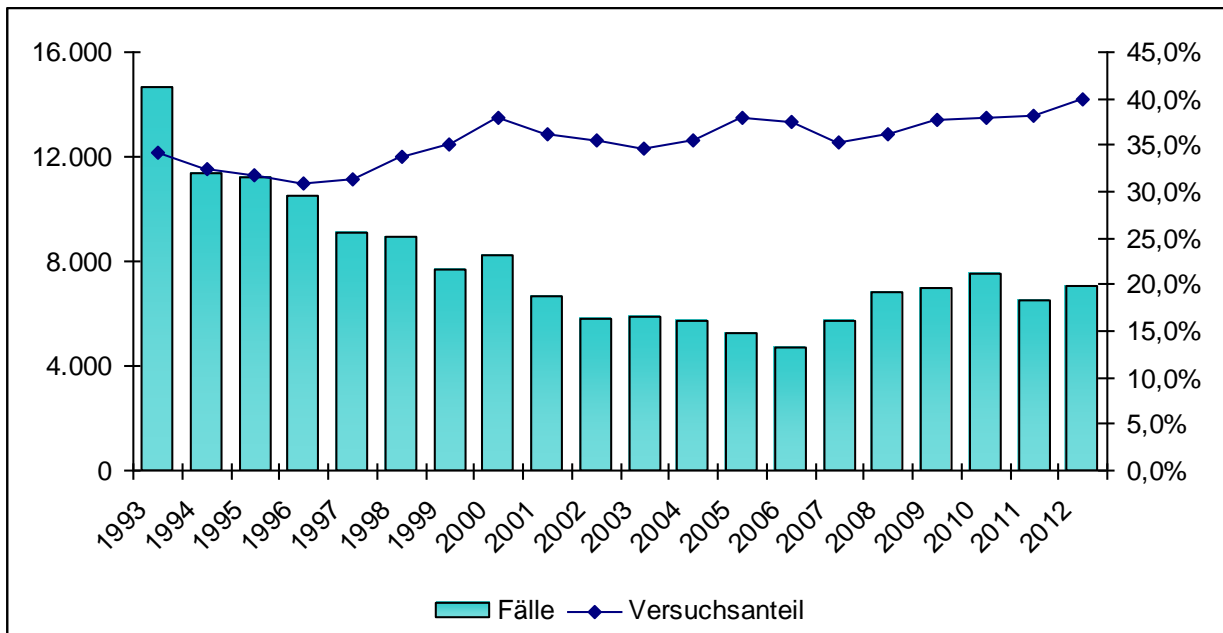


Über die letzten 20 Jahre betrachtet, ging der Anteil der TVu21 erheblich zurück. Diese Entwicklung ist unabhängig von der Entwicklung des Anteils der unter 21-Jährigen an der Wohnbevölkerung. Diese ist im Vergleich zu den Kriminalitätszahlen relativ stabil und geht nur leicht zurück. Außerdem zeigt der Vergleich mit der Hamburger Bevölkerung, dass 95,7% der unter 21-Jährigen nicht polizeilich auffällig geworden sind.

Die Hamburger Polizei verfügt über ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Jugendkriminalität. Exemplarisch hierfür ist das Handlungskonzept „Handeln gegen Jugendgewalt“ zu nennen. Es erweitert die polizeilichen Maßnahmen und implementierte aufeinander abgestimmte behördenübergreifende Maßnahmen, die von der Früherkennung von Auffälligkeiten im Kindesalter bis zu einer effektiveren und effizienteren Strafverfolgung reichen. Aus der 2012 verabschiedeten dritten Senatsdrucksache für das Handlungskonzept „Handeln gegen Jugendgewalt“ ist die Weiterentwicklung des Obachtverfahrens hervorzuheben. Es setzt sich aus einem interbehördlichen Monitoring-Verfahren und einem sich daran anschließenden Maßnahmenkonzept - bis hin zur Durchführung einer Fallkonferenz - zusammen. Die Federführung für dieses neue Verfahren erhielt die Polizei. Sie hat zur Umsetzung des Konzepts eine überbehördliche Koordinierungsstelle eingerichtet, bei der alle Informationen gebündelt und bewertet werden. Aktuell befinden sich 263 Personen im Obachtverfahren, wovon ca. die Hälfte Heranwachsende sind. Im Jahr 2012 wurden 66 Fallkonferenzen durchgeführt.

Zur Förderung der Zusammenarbeit von Polizei und Schulen wurde im Oktober 2002 das Konzept Cop4U initiiert, d.h. den Schulen wurden polizeiliche Ansprechpartner zur Verfügung gestellt. Zurzeit werden 501 Schulstandorte durch 234 Cop4U betreut.

Entwicklung des Wohnungseinbruchdiebstahls:



Die Fallzahl beim Wohnungseinbruchdiebstahl unterliegt ständigen Schwankungen. Von 1990 bis 2006 wurde beim Wohnungseinbruch ein Rückgang der Fallzahlen um mehr als zwei Drittel verzeichnet. Seit dem Jahr 1997 gingen die Zahlen in einen vierstelligen Bereich zurück. Trotz eines stetigen Anstieges nach dem Jahr 2007 konnte erstmals mit Abschluss des Jahres 2011 ein beachtlicher Rückgang in diesem Deliktsbereich festgestellt werden. Der positive Trend hielt nicht an und die Fallzahlen stiegen im Jahr 2012 um 612 (9,4%) auf 7.094 Taten. Der 20-Jahresvergleich zeigt aber eine Halbierung der Fallzahlen seit 1993.

Der Versuchsanteil ist um 1,9 Prozentpunkte auf 40,0% gestiegen. Dieses ist der höchste Wert seit 1971.

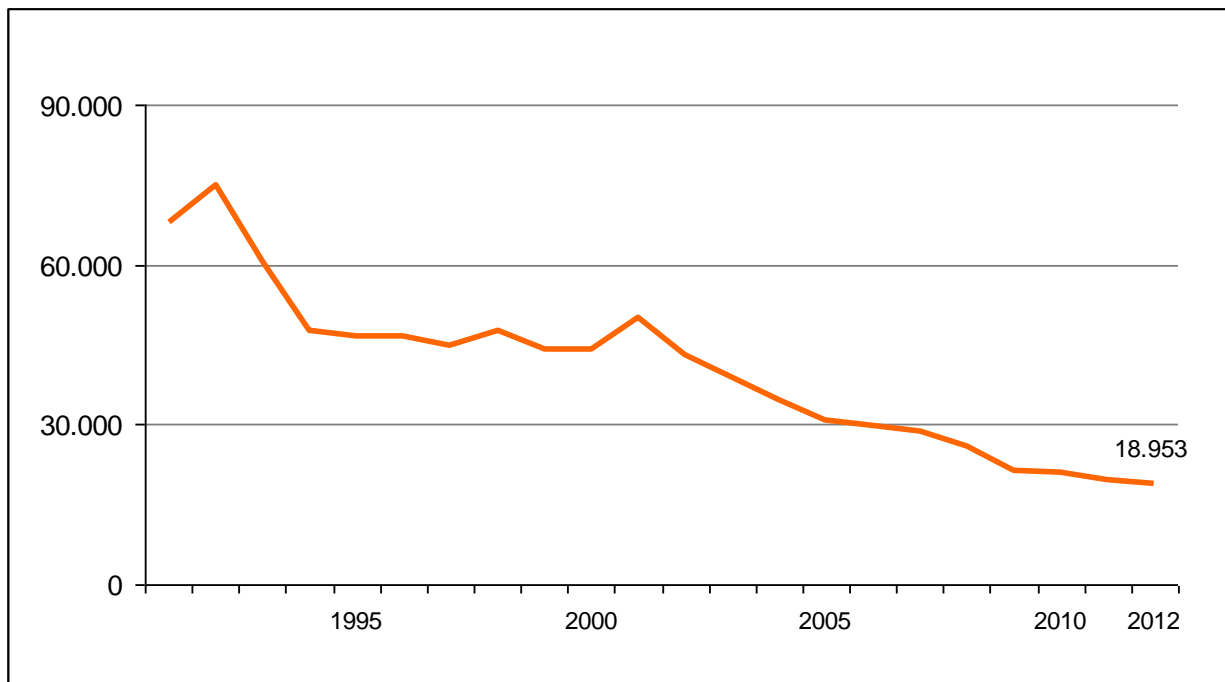
Da die Kriminalität im sozialen Nahbereich das Sicherheitsgefühl des Bürgers erheblich beeinflusst, hat die Bekämpfung des Wohnungseinbruchs seit jeher auf sämtlichen Ebenen der Polizei eine hohe Priorität.

Zwischen der Präventionsdienststelle des LKA und den Polizeikommissariaten gibt es einen regelmäßigen Informationsaustausch. Darüber hinaus wurde der Bundesländer übergreifende Austausch der jeweiligen Beratungsstellen intensiviert. Gleichzeitig wurde eine höhere Frequentierung der kriminalpolizeilichen Beratungsstellen sowie eine gesteigerte Nachfrage auf Messen erreicht. Mit einem Imagefilm zur betreffenden Thematik, der Darstellung des Leistungsangebotes der kriminalpolizeilichen Beratungsstelle sowie eine Kooperation mit den Bezirksämtern, zukünftige Bauherren zum Thema Einbruchschutz in Form eines „Bauherrenbriefes“ zu informieren, wurden die präventiven Maßnahmen im Jahr 2011 fortgeführt.

Außerdem erfolgte im Juli 2010 die Einrichtung der Dienststelle ZD 68 mit zentralen Zuständigkeiten.

Darüber hinaus wurden die Zusammenarbeit und der Informationsaustausch mit entsprechenden Dienststellen in anderen Bundesländern und EU-Nachbarländern intensiviert. So erfolgte eine bundesweite und internationale Vernetzung von ZD 68 und Einrichtungen von vergleichbaren Zuständigkeiten.

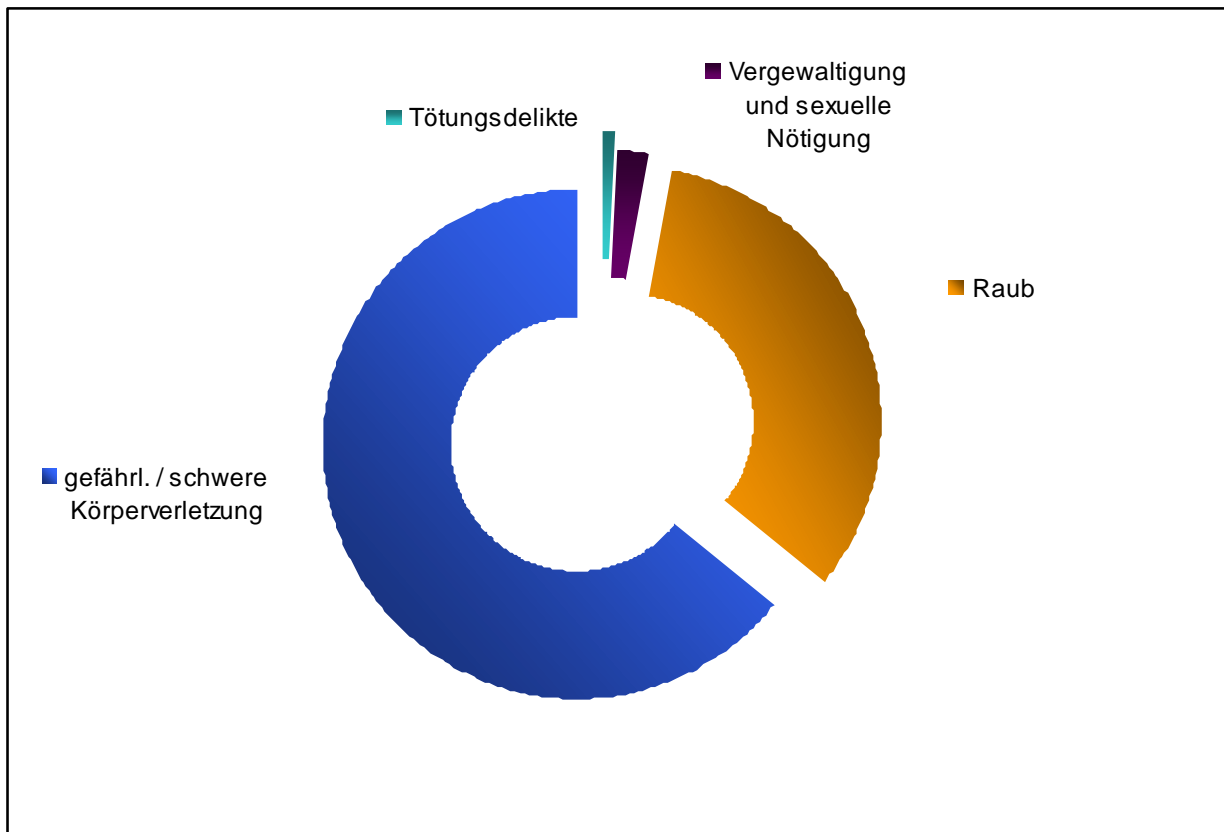
Entwicklung des Diebstahls von Kraftfahrzeugen:



Beim Diebstahl von Kraftwagen ging die Fallzahl um 172 (-7,4%) auf 2.141 Fälle zurück. Die AQ stieg um 1,2 Prozentpunkte auf 9,5%. Der Versuchsanteil liegt mit 16,2% auf Vorjahresniveau.

Ursächlich für die anhaltenden Rückgänge dürften nach wie vor die technischen Weiterentwicklungen bei Neufahrzeugen sein. Verbesserte Sicherheitstechniken, wie z.B. Diebstahlschutzsysteme ab Werk, elektronische Alarmanlagen, Gangschaltungssperren und fortlaufend verbesserte Wegfahrsperren erschweren den Tätern den Diebstahl heutiger Fahrzeuge. Des Weiteren wurde aufgrund moderner GPS, GSM und Internettechnologie die Ermittlung derer Standorte erleichtert bzw. erst ermöglicht.

Gewaltdelikte:



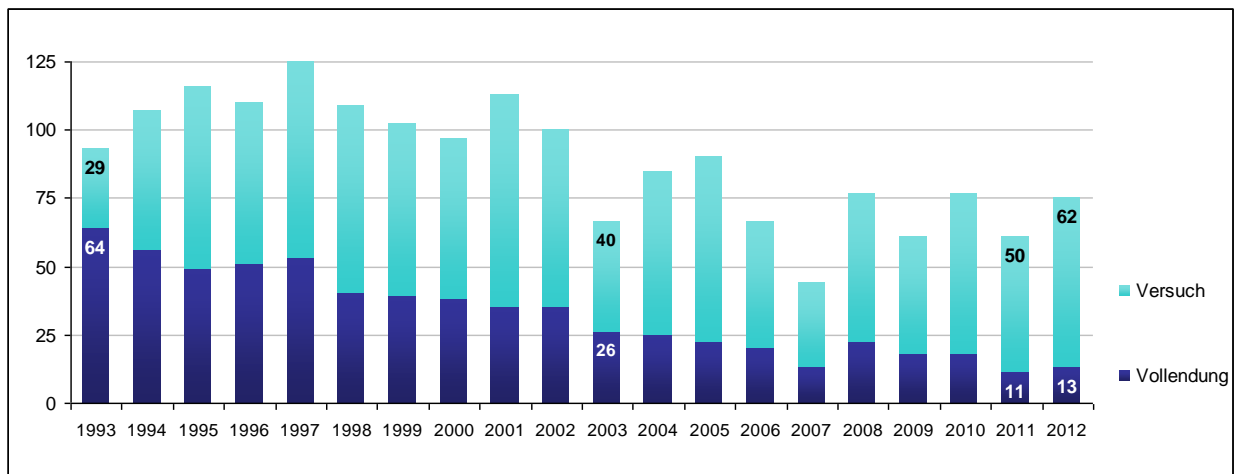
Die Gewaltkriminalität in Hamburg ist im Vergleich zum Vorjahr um 171 (-1,9%) auf 8.680 Fälle gesunken. Die Aufklärungsquote beträgt 62,2% (Vorjahr: 64,0%).

Die Deliktsfelder Raub sowie gefährliche und schwere Körperverletzung haben mit zusammen 8.436 Fällen einen Anteil von 97,2 % (Vorjahr: 97,6%) an der registrierten Gewaltkriminalität.

Der Anteil der übrigen Delikte beträgt lediglich 2,8%, hierzu gehören die Delikte der Vergewaltigung und sexuellen Nötigung sowie die Tötungsdelikte.

Die gefährliche und schwere Körperverletzung hat seit dem Jahr 2004 den größten Anteil an der Gewaltkriminalität. Mit 64,0% im Berichtsjahr ist dieser Anteil nach dem Höchststand des Vorjahres (66,9%) leicht rückläufig. Der Anteil der Raubdelikte stieg um 2,3 Prozentpunkte auf 33,1%.

Entwicklung der Tötungsdelikte:

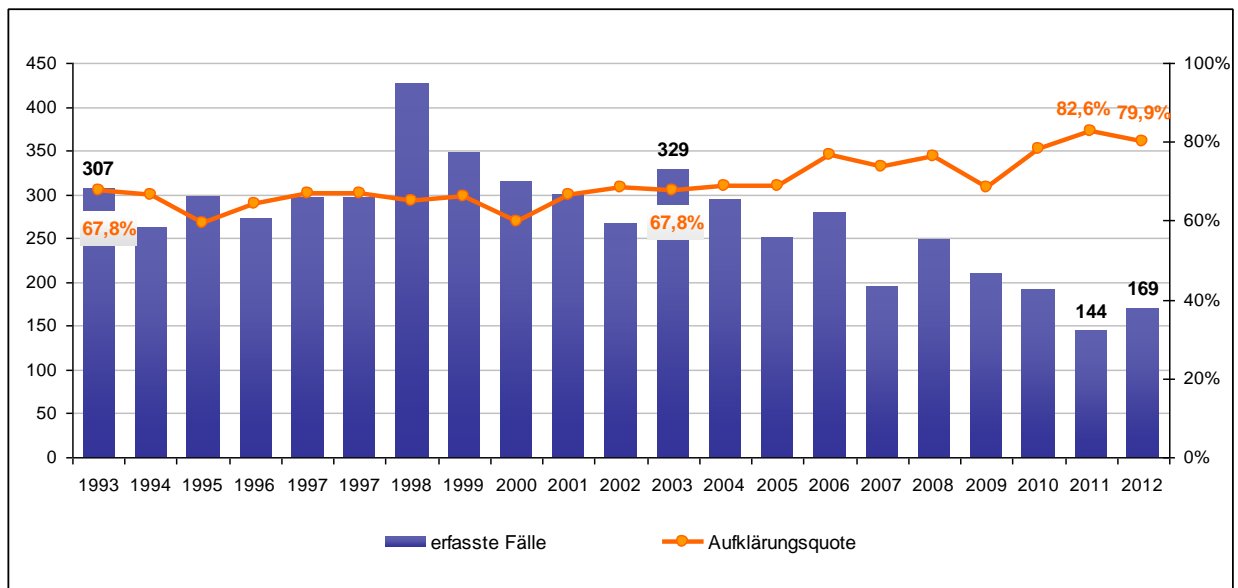


Die Zahl der vorsätzlichen Tötungsdelikte stieg in Hamburg im Jahr 2012 auf 75 Taten (Vorjahr: 61 Taten), die Aufklärungsquote beträgt 90,7%.

In 62 Fällen (82,7%) blieb es beim Versuch, vollendet wurden 13 Taten.

Die Anzahl der Taten unter Verwendung von Schusswaffen war rückläufig. In sieben Fällen (Vorjahr: 12) wurde mit einer Schusswaffe gedroht oder geschossen.

Vergewaltigung und besonders schwere sexuelle Nötigung:

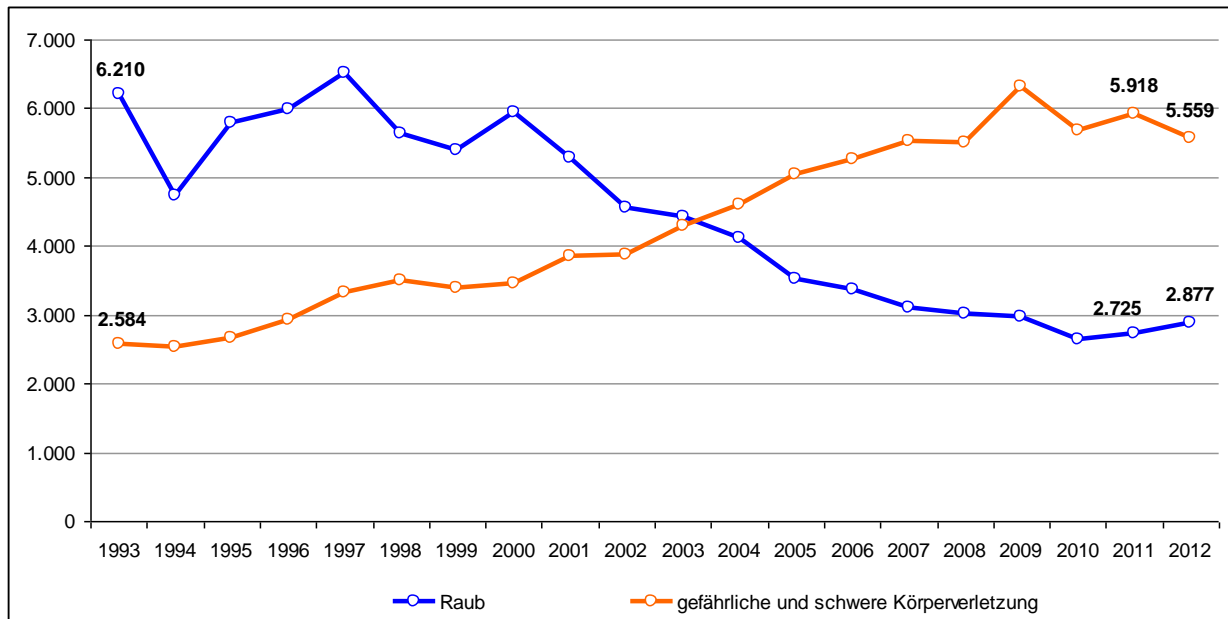


Die Zahl der bekannt gewordenen Fälle Vergewaltigung und sexueller Nötigung ist von 144 auf 169 Fälle im Berichtsjahr gestiegen. Die Aufklärungsquote verzeichnet mit 79,9% einen Rückgang um 2,7 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahreswert (82,6%), ist aber weiter überdurchschnittlich hoch.

Insbesondere der DNA-Beweis hat in den letzten Jahren weiter an Bedeutung gewonnen und wesentlich zur Aufklärung von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung beigetragen.

Die Anzahl der Fälle ist in diesem Deliktsfeld stark abhängig von der Anzeigebereitschaft. Im Jahr 2012 wurden 170 Opfer (2011: 145 Opfer) registriert, von denen mehr als die Hälfte (48,2% / 82 Opfer) mit dem Täter verwandt oder bekannt waren. Insbesondere für diese Opfergruppe schwankt das Anzeigeverhalten stark.

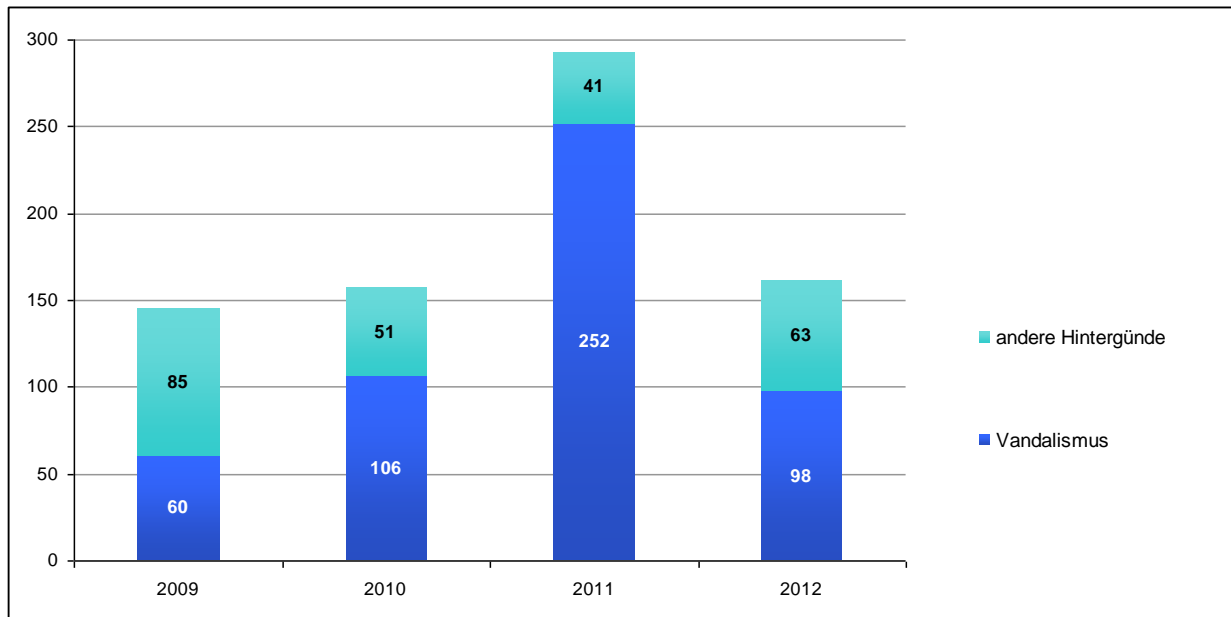
Raub und Körperverletzung:



Die Struktur der Gewaltkriminalität hat sich in den letzten Jahren deutlich verändert. Im 20-Jahresvergleich ist zu beobachten, dass sich die Fallzahlen für Raubdelikte halbiert haben (Rückgang um 3.333 Fälle bzw. -53,7%), während sich die Fallzahlen für die gefährliche und schwere Körperverletzung mehr als verdoppelten (Steigerung um 2.975 Fälle bzw. 115,1%). Für 2012 zeigt sich bei den Raubdelikten erneut ein leichter Anstieg von 5,6% (152 Taten); die AQ beträgt 36,3% (Vorjahr: 40,8%). Insbesondere die Straßenraube (Raube auf Straßen, Wegen, Plätzen) sind um 131 Fälle gestiegen.

Die Fallzahlen für gefährliche und schwere Körperverletzungen sind um 6,1% (-359 Fälle) gesunken; die AQ beträgt 74,6% (+0,7%). Besonders erfreulich sind die Rückgänge bei den Fällen der gefährlichen und schweren Körperverletzung auf Straßen, Wegen und Plätzen um 14,7% (-551 Taten). Seit mehreren Jahren ist dieses Deliktsfeld Schwerpunkt polizeilicher Maßnahmen mit Konzentration auf das Gebiet um die Reeperbahn. Auch hier verzeichneten Delikte der gefährlichen und schweren Körperverletzung Rückgänge um 2,7%. Insbesondere sanken die Taten der gefährlichen und schweren Körperverletzung auf Straßen, Wegen und Plätzen für das Gebiet im Bereich der Reeperbahn um 6,8% auf 751 Taten.

Brandstiftung an Kraftfahrzeugen:



Seit 2010 stehen Brandstiftungen an Kfz im Fokus polizeilicher Ermittlungen.

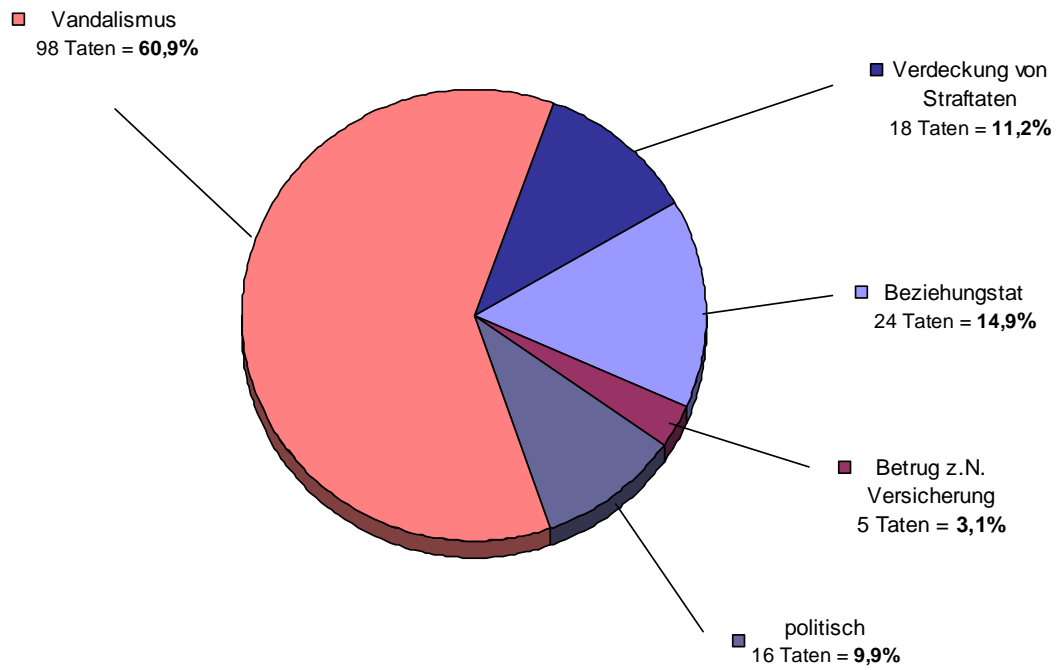
Analog zum Anstieg für sonstige Sachbeschädigungen durch Feuer auf Straßen, Wegen oder Plätzen zwischen den Jahren 2009 und 2011 gab es auch Zunahmen für Brandstiftungen an Kfz. Im Vergleich zum Vorjahr sind deren Fallzahlen für das Jahr 2012 stark rückläufig. Auch für die sonstige Sachbeschädigung durch Feuer auf Straßen, Wegen oder Plätzen zeigt sich diese Entwicklung; hierunter fallen z. B. auch Müll-Containerbrände.

Die Polizei reagierte auf die angestiegenen Fallzahlen zunächst mit Fahndungs- und Raumschutzmaßnahmen sowie ab April 2010 mit einer zentralen Zuständigkeitsregelung für die kriminalpolizeiliche Sachbearbeitung. Die Zuständigkeit der Fachdienststelle beschränkte sich nicht nur auf die Sachbearbeitung, sondern beinhaltete auch präventive Maßnahmen durch Mitarbeiter des Jugendschutzes im Rahmen eines neuen Bekämpfungsansatzes auf der Basis von Auswerte- und Analyseergebnissen.

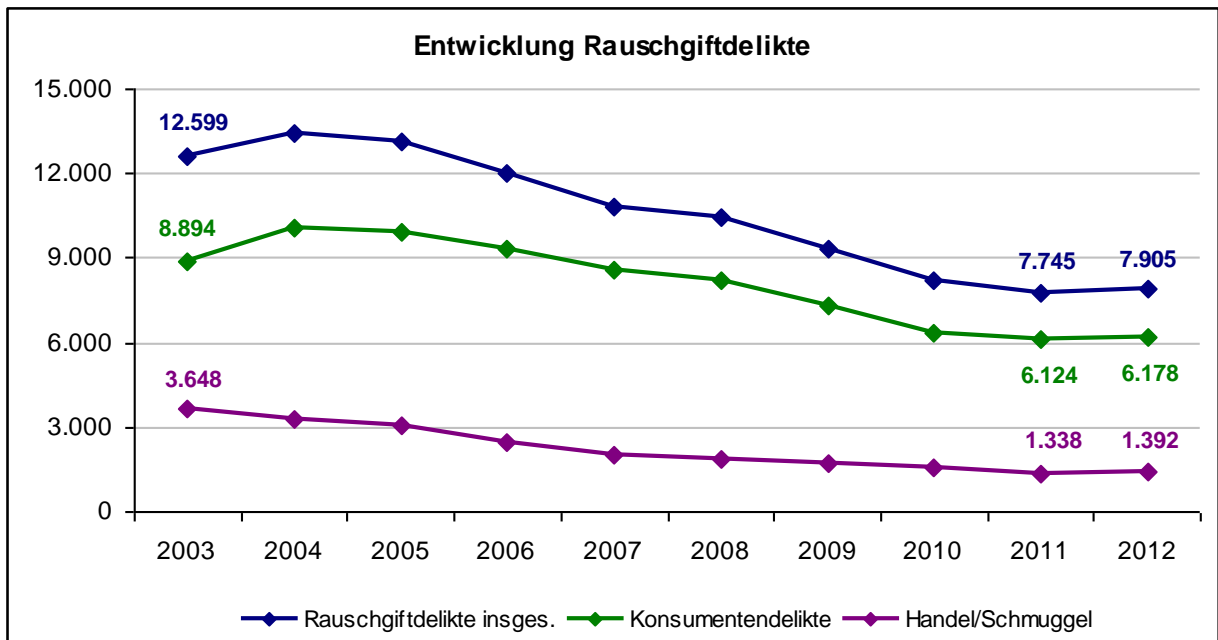
Nach dem stark belasteten Jahr 2011 mit insgesamt 293 Brandstiftungen an Kfz war im Berichtsjahr ein spürbarer Rückgang der Fallzahlen um 132 (-45,1%) auf 161 Taten zu verzeichnen. Die im Jahr 2011 für die Monate April und Mai registrierte Konzentration von Fallzahlen wurde für das Jahr 2012 nicht mehr festgestellt.

Wurden 2011 noch 86,0% aller Delikte als reine Vandalismustaten eingestuft, so waren es 2012 nur noch 60,9%. Zugenommen haben dafür insbesondere die Anteile der Fälle, mit den Motiven „Beziehungsgewalt/Rache“ auf 14,9% (Vorjahr: 3,8%) und „Verdeckung von Straftaten“ auf 11,0% (Vorjahr: 2,0%).

Vermutete Hintergründe bei Kfz-Brandstiftung



Entwicklung der Rauschgiftkriminalität:



Zwischen 2004 und 2011 entwickelten sich die Fallzahlen bei den insgesamt registrierten Rauschgiftdelikten rückläufig. Im Jahr 2012 stiegen sie erstmals wieder um 2,1% an. Ursächlich dafür sind leichte Steigerungen sowohl im Bereich der Konsumentendelikte als auch beim Handel und Schmuggel von BtM. Gleichwohl blieben diese beiden Bereiche noch weit unter dem Niveau der vergangenen Jahre.

Die Fallzahl für Allgemeine Verstöße gemäß § 29 BtMG (so genannte Konsumentendelikte) stieg um 54 (0,9%) auf 6.178 Taten an. Der Illegale Handel mit und Schmuggel von Rauschgift gemäß § 29 BtMG stieg um 54 (4,0%) auf 1.392 Fälle.

Bei der Entwicklung der Fallzahlen im Bereich „Drogenarten bei Konsumentendelikten“ hat sich bei den harten Drogen Heroin, Crack und Kokain ein Rückgang um 408 Fälle und bei den sonstigen Drogenarten um 54 Fälle ergeben. Dagegen stiegen die Fallzahlen bei der Drogenart Cannabis um 520 Fälle.

Das polizeiliche Handeln im Bereich der Bekämpfung der Drogenkriminalität hat sich im Jahr 2012 - unter Berücksichtigung der gesamt-polizeilichen Prioritäten - sowohl gegen die in der Öffentlichkeit wahrnehmbare Drogenkriminalität als auch gegen den bandenmäßigen und organisierten Handel und Schmuggel von Betäubungsmitteln (BtM) gerichtet.

Grundsätzlich ist bei der Bewertung der statistischen Daten zu berücksichtigen, dass es sich bei Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz (BtMG) - sowohl beim Handel und Schmuggel wie auch bei den so genannten Konsumentendelikten - um so genannte Kontrolldelikte handelt. Die Entwicklung der registrierten Rauschgiftdelikte hängt - neben der Lage - in starkem Maße von Kontrollstrategien und -intensität der Behörden ab.

Die fortgesetzten präventiven und repressiven Maßnahmen der Polizei haben zur Stabilisierung der allgemein unauffälligen Lage der vergangenen Jahre beigetragen.

Für das Jahr 2012 wurden 49 Drogentote registriert. Dies ist die niedrigste Zahl seit über 20 Jahren.

Wirtschaftskriminalität und Vermögensabschöpfung:

Im Bereich der Wirtschaftskriminalität wurde im Jahresvergleich eine Zunahme von 15,7% (186 Fälle) auf 1.369 Fälle registriert.

Nicht nur Fallzahlschwankungen, sondern auch die verursachten Schadenshöhen sind weniger von der Fallzahl, sondern vielmehr vom Umfang großer abgeschlossener Ermittlungsverfahren abhängig. 2012 lag die Höhe der durch Wirtschaftskriminalität verursachten Schadenssumme bei rund 70 Mio. Euro (für 2011 waren es etwa 310 Mio. Euro; die Höhe der Summe steht i. Z. m. Verfahren gegen die HSH Nord Bank).

Um Vermögens- und Wirtschaftsdelikten wie auch Rauschgift- und Organisierter Kriminalität auch präventiv wirksam begegnen zu können hat sich seit 1999 die Maßnahme der Vermögensabschöpfung in der Kriminalitätsbekämpfung etabliert.

Ziel der Vermögensabschöpfung ist es, den Tätern den eigentlichen Anreiz für ihre Taten, nämlich den daraus erzielten finanziellen Gewinn, wieder abzunehmen.

Im Jahr 2012 wurden Vermögenswerte in Höhe von rund 7,6 Mio. Euro (7.617.433,88 Euro) vorläufig gesichert; allein i. Z. m. Rauschgiftdelikten konnten Vermögenswerte von rund 1,5 Mio. (Bargeld) vorläufig gesichert werden.

2,3 Mio. Euro (2.302.488,88 Euro) wurden als Rückgewinnungshilfe für Geschädigte gesichert.

Seit 1999 konnten etwa 98 Mio. Euro (98.452.776,45 Mio. Euro) für die Geschädigten und die Staatskasse abgeschöpft werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist es Aufgabe der Finanzermittlungen, bereits in den laufenden polizeilichen Ermittlungen Vermögenswerte der Tatverdächtigen zu finden und vorläufig zu sichern. Im Rahmen des gerichtlichen Verfahrens wird dann entschieden, welche Beträge davon den Geschädigten als Rückgewinnungshilfe zukommen und in welcher Höhe sie endgültig an die Staatskasse abgeführt werden.

Vermögensabschöpfung betrifft nicht nur unmittelbar aus Straftaten erlangten Gewinne, auch legale Vermögenswerte können unter bestimmten Voraussetzungen entzogen werden.